

Fertigung: ..... 1 .....  
Anlage: ..... 2 .....  
Blatt: ..... 1-11 .....

## **BEGRÜNDUNG mit Umweltbelangen**

- zur 6. Änd. des Bebauungsplans "Tieflache - Teil B"
- zu den örtlichen Bauvorschriften zur 6. Änd. des Bebauungsplans "Tieflache - Teil B"

**der Gemeinde Meißenheim (Ortenaukreis)**

**als B-Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**

### **1 Erfordernis der Planaufstellung**

Der rechtskräftige Bebauungsplan "Tieflache - Teil B" stammt aus dem Jahr 1988.

Der B-Plan wurde bereits mehrfach geändert. Das Planungsgebiet ist zu einem Großteil bebaut. Zwischenzeitlich wurde das Rathaus der Gemeinde Meißenheim von der Ortsmitte in das Gewerbegebiet verlagert.

### **2 Verfahren**

Die Änderung des Bebauungsplans erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB. Mit der Ausweisung der Gemeinbedarfsfläche "Rathaus" und der Neuordnung der gewerblichen Restflächen können vorhandene Betriebe erweitern und neue Betriebe angesiedelt werden. Die Änderung des B-Plans dient damit auch dem Erhalt der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Damit wird die Innenentwicklung gestärkt und einer Außenentwicklung entgegen gewirkt. Es handelt sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1. Es wird keine zusätzliche Grundfläche festgesetzt.

Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b genannten Schutzgüter liegen nicht vor. Es bestehen auch keine Anhaltspunkte dafür, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des BImSchG zu beachten sind.

Somit kann gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 auf eine Umweltprüfung (und damit auf den Umweltbericht) verzichtet werden und von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen werden.



### **3 Übergeordnete Planung**

#### **3.1 Flächennutzungsplan**

Der Änderungsbereich ist im rechtswirksamen FNP der Verwaltungsgemeinschaft Schwanau - Meißenheim als gewerbliche Baufläche ausgewiesen. Der FNP ist im Bereich der Gemeinbedarfsfläche zeitnah zu berichtigen.

### **4 Anlass der Bebauungsplanänderung**

Der rechtskräftige B-Plan "Tieflache - Teil B" weist für den Bereich des Deckblatts ein Gewerbegebiet aus.

Das Baugebiet ist zu einem Großteil bebaut. Der rechtskräftige B-Plan stammt aus dem Jahr 1988.

Mit der Änderung des B-Plans soll das inzwischen umgesiedelte Rathaus als Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen werden und durch eine zusätzliche Erschließung eine verbesserte Anbindung an den Ortskern erhalten. Gleichzeitig sollen die verbleibenden gewerblichen Restflächen neu geordnet werden.

### **5 Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich umfasst das Flst.Nr. 2417/48 des rechtskräftigen B-Plans.

Der Änderungsbereich wird im Westen durch die Winkelstraße sowie im Osten durch die Waldstraße bzw. den Mattenhagweg begrenzt. Im Osten schließen landwirtschaftliche Flächen an. Im Norden wird der Änderungsbereich durch das Betriebsgelände der Fa. terra-bausysteme GmbH begrenzt, im Süden schließt es an das Betriebsgelände der Fa. Kleis und umfasst u.a. die Fläche des neuen Rathauses.

### **6 Inhalt der Bebauungsplanänderung**

Der rechtskräftige B-Plan stammt aus dem Jahr 1988.

Nachdem eine Erweiterung des alten Rathauses am bisherigen Standort nicht möglich war und eine Sanierung mit erheblichem finanziellen Aufwand verbunden gewesen wäre, hat sich die Gemeinde Meißenheim 2016 entschieden, das Rathaus ins Gewerbegebiet "Tieflache" in ein dort leerstehendes Firmengebäude zu verlagern.

Das Grundstück des neuen Rathausstandortes umfasst ca. 2,09 ha und grenzt sowohl im Süden als auch im Norden an bestehende gewerbliche Betriebe. Daher hat die Gemeinde Überlegungen angestellt, wie die Restfläche unter Berücksichtigung des neuen Rathausstandorts künftig gewerblich genutzt werden kann.

Hierzu wurden im Vorfeld verschiedene Erschließungsvarianten untersucht, unter Berücksichtigung der geplanten "Umgehung" zum Kieswerk.

Geplant ist eine Verbindungsstraße zwischen Waldstraße und Winkelstraße mit einseitigem Gehweg. Damit erhält das Rathaus eine verbesserte Anbindung an den Ortskern.



Gleichzeitig sollen die verbleibenden gewerblichen Restflächen neu geordnet werden. Die bestehenden Betriebe Fa. Kleis im Süden und Fa. terra-systeme GmbH im Norden erhalten Erweiterungsflächen. Des Weiteren soll die Baufirma Biegert-Litterst im Gewerbegebiet angesiedelt werden. Das Rathaus soll als Gemeinbedarfsfläche "Rathaus" ausgewiesen werden.

Der Zeichnerische Teil wird durch ein Deckblatt geändert, die Bebauungsvorschriften für den Änderungsbereich neu gefasst und hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung und den Ergebnissen des Lärmschutzgutachtens entsprechend angepasst.

Bei der Festsetzung der max. Wand- und Firsthöhe im Gewerbegebiet erfolgt eine Abstufung. So ist südlich des Rathauses eine geringere Wand- und Firsthöhe vorgesehen, um den freien Blick auf das Rathaus zu gewährleisten. So wird für die NZ 3 südlich des Rathauses eine max. Wandhöhe mit 7,00 m und eine max. Firsthöhe mit 8,00 m festgesetzt. Östlich des Rathauses ist für das Gewerbegebiet eine Wandhöhe mit max. 8,00 m und eine Firsthöhe mit max. 10,00 m vorgesehen.

## **7 Lärmschutz / Betriebslärm**

- 7.1 Im Vorfeld der B-Planänderung wurde durch eine Untersuchung des Ing.-Büros für Schallschutz, Dr. Jans, geprüft, inwieweit Festsetzungen erforderlich sind, um zu gewährleisten, dass vor der Fassade des Rathauses nicht die für "Gewerbegebiete" zulässigen Immissionsrichtwerte der TA-Lärm ausgeschöpft werden, sondern eine deutlich geringere Lärmeinwirkung vergleichbar mit einem Mischgebiet vorliegt. In diesem Zusammenhang sollten für das Gewerbegebiet im Geltungsbereich der 6. Änderung Lärmkontingente festgesetzt werden.

Nach Aussage der Gemeinde liegt derzeit keine maßgebliche Betriebslärmeinwirkung auf die Rathausfassade vor. Im Rathausumfeld sind bereits Firmen sowie ein Wohnmobilstellplatz vorhanden. Mit der Festsetzung der LEK soll sichergestellt werden, dass die Zusatzbelastung durch die neuen Gewerbegebietsflächen hinreichend gering ist.

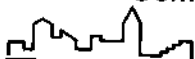
Die Kontingentierung ist dabei nur für den Tagzeitraum erforderlich, da "nachts" das Rathaus nicht genutzt wird.

Bei der Festsetzung der Lärmkontingente ist zu berücksichtigen, dass möglichst noch eine gewerbegebietstypische Nutzung dieser Flächen möglich ist.

Daher werden für das Gewerbegebiet Lärmkontingente von 60 dB(A) festgesetzt.

Die Einhaltung (oder Unterschreitung) der bezüglich der Lärmeinwirkung auf das Rathausgebäude maßgebenden Werte des Emissionskontingents ist jeweils bei der Antragsstellung auf Baugenehmigung oder Nutzungsänderung nachzuweisen. Bei diesem Nachweis sind aufgrund betriebsspezifischer Randbedingungen ggf. erforderliche Zuschläge (z. B. Impulshaltigkeit, Tonhaltigkeit usw.) entsprechend den Festlegungen in der TA Lärm zu berücksichtigen.

Dieses Emissionskontingent begrenzt dabei aber ausschließlich die Schallabstrahlung von der jeweils betrachteten Gewerbegebietsfläche in Richtung der "Gemeinbedarfsfläche" mit dem Rathaus.



## 8 Umweltbelange

Da es sich bei der 6. Änderung des B-Planes "Tieflache - Teil B" um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren handelt, wird auf eine Umweltprüfung (und damit auf die Erstellung des Umweltberichts) gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB verzichtet.

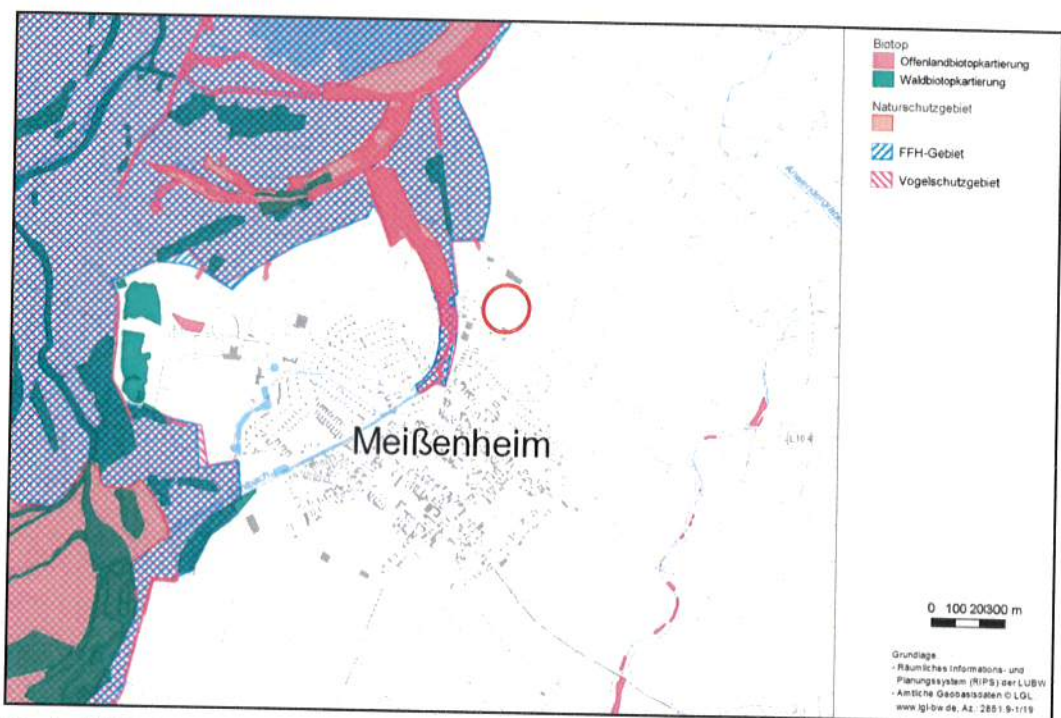
Im beschleunigten Verfahren gelten nach § 13a BauGB die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwartenden Eingriffe als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Das beinhaltet, dass die Planung nicht der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unterliegt.

Jedoch ist gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB darzulegen, ob es Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Belange des Naturschutzes (Natura 2000) gibt.

Aussagen zur Betroffenheit des allgemeinen und besonderen Artenschutzes gemäß §§ 39 und 44 BNatSchG sind zu treffen.

### 8.1 Belange des Naturschutzes

#### Kartenausschnitt:



(Quelle: LUBW, 2018)

**Tabelle:**

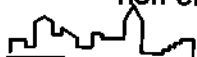
Legende: ● = direkt betroffen    ○ = angrenzend    / = nicht betroffen

FFH-Gebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: Rheinloderung von Wittenweiler bis Kehl / Nr.: 7512341, ca. 135m Abstand	/
EG-Vogelschutzgebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: Rheinloderung Nonnenweiler - Kehl / Nr.: 7512401, ca. 135m Abstand	/
Naturschutzgebiete gemäß § 23 des BNatSchG bzw. § 28 des NatSchG Name: Salmengrund/ Nr.: 3.211, ca. 145m Abstand	/
Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 des BNatSchG Name / Nr.:	/
Naturparke gemäß § 27 des BNatSchG bzw. § 29 des NatSchG Name / Nr.:	/
Naturdenkmale gemäß § 28 des BNatSchG und § 30 des NatSchG Name / Nr.:	/
Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des BNatSchG und § 33 des NatSchG Name: Mühlbach nördl. von Meßenheim / Nr.: 175123172377, ca. 120 m Abstand Name: Feuchtgebüsch im Gewann "Tieflache" /Nr.175123172378, ca. 100 m Abstand	/
Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 a des LWaldG Name / Nr.:	/
Bodenschutzwald gemäß § 30 des LWaldG und Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen gemäß § 31 des LWaldG	/
Waldschutzgebiete gemäß § 32 des LWaldG Name / Nr.:	/
Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete gemäß § 51-53 des WHG und § 45 des WG Name / Nr.:	/
Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 und 78 des WHG und § 65 des WG	/
Risikogebiet gemäß § 78b des WHG	/
Gewässerrandstreifen gemäß § 38 des WHG und § 29 des WG	/
Freihaltung von Gewässern und Uferzonen gemäß § 61 des BNatSchG (1. Ordnung) und § 47 des NatSchG (1. und 2. Ordnung)	/
Regionaler Grünzug, lt. RVSO	/
Grünzäsur, lt. RVSO	/
Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege, lt. RVSO	/
Vorranggebiet für den vorbeugenden Hochwasserschutz, lt. RVSO	/
Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe I, lt. Digitaler Flurbilanz Baden-Württ. / RVSO	/
Denkmale gemäß §§ 2 und 12 des DSchG (Denkmalschutzgesetzes), Gesamtanlagen nach § 19 des DSchG sowie Grabungsschutzgebiete gemäß § 22 des DSchG	/

**Europäisches Netz "Natura 2000"**

Gemäß FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Richtlinie ist für Vorhaben, die ein besonderes Schutzgebiet erheblich beeinträchtigen können, eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen durchzuführen (§ 34 (1) und (2) BNatSchG).

Gemäß kartographischer Darstellung der Gebietsmeldungen vom Oktober 2005 und den Nachmeldevorschlägen für Baden-Württemberg nach der FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie vom Ministerium Ländlicher Raum liegen für den Vorhabensbereich direkt derzeit keine Hinweise auf das Vorkommen eines gemeldeten oder in Meldung befindlichen FFH- oder Vogelschutzgebietes bzw. von Flächen, die diesbezüglich die fachlichen Meldekriterien erfüllen, vor.





In einem Abstand von ca. 135 m zum Planungsgebiet der 6. Änd. des B-Plans "Tieflache – Teil B" befinden sich Teilflächen der nachfolgenden Natura 2000-Gebiete

- **FFH- Gebiet Rheinniederung von Wittenweier bis Kehl**  
Nr.: 7512341t
- **Vogelschutzgebiet Rheinniederung Nonnenweier – Kehl**  
Nr.: 7512401

In Kapitel 4 der artenschutzrechtlichen Abschätzung von Dr. Boschert, Bioplan, Bühl wurde dargelegt, dass aufgrund der Entfernung zwischen den Natura 2000-Gebieten und dem Plangebiet der 6. Änderung des B-Plans "Tieflache - Teil B" mit keiner Betroffenheit durch das Vorhaben zu rechnen ist.

**Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben somit nicht zu erwarten.**

## 8.2 Abschätzung der Umwelterheblichkeit

### Luftbildausschnitt:



(Quelle: LUBW, 2018)



## Fachliche Prüfung

Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
<b>Fläche</b>			
	Nutzungsumwandlung	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*1
	Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1 (lt. Flurbilanz Ba-Wü)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*2	<input checked="" type="checkbox"/> nein*2
	Versiegelung	<input checked="" type="checkbox"/> ja*3	<input type="checkbox"/> nein
	Zerschneidung	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*4
<p>*1 Im rechtskräftigen FNP der Verwaltungsgemeinschaft Schwanau-Meißenheim ist die Fläche bereits als geplante gewerbliche Baufläche ausgewiesen.</p> <p>*2 Nach Aussage der Raumnutzungskarte des Regionalplans Südlicher Oberrhein ist der westliche Bereich als Siedlungsfläche Bestand – Industrie und Gewerbe ausgewiesen. Bei dem östlichen Teil handelt es sich um Landwirtschaftliche Vorrangflur Stufe 1.</p> <p>*3 Mit Realisierung der Bebauung findet Versiegelung statt.</p> <p>*4 Zu einer Zerschneidung der Flur kommt es nicht, da die umgebenden Flächen nach Norden, Westen und Süden bereits bebaut sind.</p>			
<b>Boden</b>			
	Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	<input checked="" type="checkbox"/> ja*5	<input type="checkbox"/> nein
	Speicher, Filter und Puffer für Schadstoffe	<input checked="" type="checkbox"/> ja*5	<input type="checkbox"/> nein
	Lebensgrundlage / Lebensraum / Standort für Kulturpflanzen bzw. für natürliche Vegetation	<input checked="" type="checkbox"/> ja*5	<input type="checkbox"/> nein
	Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
<p>*5 Neuversiegelung auf einer Teilfläche von Flst. Nr. 2417/48 beeinträchtigt die Bodenfunktionen. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.</p>			
<b>Grundwasser</b>			
	Neubildung	<input checked="" type="checkbox"/> ja*6	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Dynamik (Strömung, Flurabstand)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*6	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
<p>*6 Neuversiegelung auf einer Teilfläche von Flst. Nr. 2417/48 reduziert die Grundwasserneubildungsrate. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.</p>			
<b>Oberflächengewässer</b>			
Name:			
	Struktur (Aue, Ufer, Gewässerbett)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*7
	Dynamik (Strömung, Hochwasser)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*7
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*7
*7 kein Oberflächengewässer vorhanden			
<b>Luft/Klima</b>			
	Luftqualität	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
	Kaltluftentstehung und -bahnen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
	Besonnung und Reflektion (Temperatur/Bioklima)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*8	<input type="checkbox"/> nein
<p>*8 Neuversiegelung auf einer Teilfläche von Flst. Nr. 2417/48 beeinträchtigt das Kleinklima. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.</p>			



Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
<b>Arten und Biotope</b>			
	<u>Biotoptypen (derzeitiger Bestand Juli 2018):</u> - Rathaus, Stellplätze, Rasenfläche - Ackerflächen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*9	<input type="checkbox"/> nein
	<u>Artenschutz:</u> s. Artenschutzrechtl. Abschätzung von Dr. Boscherl, BIOPLAN Bühl (August 2018)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*10
<p>*9 Neuversiegelung auf einer Teilfläche Flst. Nr. 2417/48 beansprucht Ackerflächen. Ein Ausgleich für den Verlust dieses Biototyps ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.</p> <p>*10 Unter Berücksichtigung der im Gutachten genannten <b>Vermeldungsmaßnahmen</b> ist eine Verletzung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG bei den betroffenen Tiergruppen <b>Vögel, Säugetiere (Fledermäuse), und Amphibien (Gelbbauchunke und Kreuzkröte)</b> auszuschließen. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) mit vertiefenden Untersuchungen ist nicht erforderlich.</p>			
<b>Landschafts-/Ortsbild</b>			
	Eigenart / Historie des Orts- bzw. Landschaftsbildes	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*11
	Vielfalt und Naturnähe	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*11
	Zugänglichkeit, Erreichbarkeit, Betretbarkeit, Erlebbbarkeit	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*11
*11 Es ist mit keinen erheblichen negativen Auswirkungen auf das Ortsbild zu rechnen.			
<b>Mensch</b>			
Lärm	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation der Umgebung haben (Straßenverkehr, Flugverkehr, Freizeitlärm etc.)?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*12
	Sind Probleme im Hinblick auf die Lärmsituation innerhalb des Bebauungsplans zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*12
*12 Aktennotiz zum Lärmschutz von Dr. Jans (Sept. 2018), die besagt, dass bei den empfohlenen Emissionskontingenten "tags" für die Gewerbeflächen A und B ein ausreichender Lärmschutz für die benachbarte Gemeinbedarfsfläche "Rathaus" besteht.			
Lufthygiene	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die lufthygienische Situation der Umgebung (Luftverunreinigungen durch Partikel (z.B. Staub und Ruß), Gase (z.B. Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide, Schwefeldioxid) oder Gerüche – Quellen: Wald, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme im Hinblick auf die lufthygienische Situation zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Erschütterungen	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf die Umgebung aufgrund von erzeugten Erschütterungen (Industrieverfahren, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme mit erzeugten/vorhandenen Erschütterungen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein



Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Elektromagnetische Felder	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen (z.B. Reizströme bei niederfrequenten Feldern, Wärmewirkungen bei hochfrequenten Feldern, Lichtverschmutzungen wie Blendung und Aufhellung) auf die Umgebung aufgrund von erzeugten elektromagnetischen Feldern (z.B. durch Hochspannungsleitungen und Sendeanlagen) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplans Probleme mit erzeugten/vorhandenen elektromagnetischen Feldern zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Durch die 6. Änderung des Bebauungsplans "Tieflache – Teil B" ist mit keinen erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter zu rechnen.

### 8.3 Artenschutz

#### 8.3.1 Rechtliche Vorgaben

Nach § 44 BNatSchG (2010) besteht ein Zugriffsverbot für besonders geschützte Arten. Dies sind die europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sowie die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.

#### 8.3.2 Artenschutzrechtliche Abschätzung

Mit der Erstellung einer artenschutzrechtlichen wurde Dr. Boschert, Bioplan, Bühl von der Gemeinde Meißenheim beauftragt. Das Gutachten vom 31. August 2018 wird als Anlage dem Bebauungsplan beigelegt.

Innerhalb des Planungsgebietes der 6. Änderung des B-Plans "Tieflache – Teil B" liegt im Westen das Rathaus, das von relativ artenarmen Rasenflächen umgeben ist. Bei den sich daran nach Osten und Süden anschließenden Landwirtschaftsflächen handelt es sich um Ackerflächen.

Der Gutachter kam zu folgendem Ergebnis:

##### **Betroffenheit**

Nach der artenschutzrechtlichen Abschätzung inklusive eines Vororttermins ist mit Vorkommen von relevanten Arten aus den Tiergruppen Vögel (verschiedene Arten), Säugetiere (Fledermäuse) und Amphibien (Gelbbauchunke und Kreuzkröte) zu rechnen. Dadurch können eine Betroffenheit, aber auch eine Verletzung von Verbotstatbeständen § 44 BNatSchG für diese Gruppen nicht ausgeschlossen werden. Daher werden Maßnahmen festgesetzt

Für die übrigen artenschutzrechtlich relevanten Arten bzw. Gruppen bestehen nach fachgutachterlicher Einschätzung keine Betroffenheiten, aber auch keine Verletzungen der Verbotstatbestände § 44 BNatSchG. Für sie ist eine vertiefende spezielle artenschutzrechtliche Prüfung inklusive Kartierungen nicht erforderlich..

##### **Vermeidungsmaßnahmen**

###### **VM 1 - Baufeldräumung**

Die Baufeldräumung, insbesondere die Rodung der Gehölze in den Randbereichen, muss außerhalb der Fortpflanzungszeit von Vögeln stattfinden (in der Regel von September bis Februar bestimmt durch die früh brütenden Arten bzw. spät brütenden Arten mit einer Brutzeit bis Mitte/Ende August), damit keine Nester und Gelege zerstört werden. Die gesetzlichen Vorschriften beim Fällen oder Roden von Gehölzen müssen darüber hinaus berücksichtigt werden.

*Sollte dies aus unveränderbaren, nicht artenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sein, muss im Vorfeld kurz vor der Räumung durch einen sachverständigen Ornithologen eine Kontrolle bzw. eine Nestersuche stattfinden. Sollten Nester gefunden werden, kann eine Baufeldräumung nicht stattfinden. Durch diese Bauzeitenbeschränkung ist davon auszugehen, dass keine Individuen relevanter Vogelarten und auch nicht deren Eier oder Jungvögel direkt geschädigt werden. Ferner können sämtliche Individuen aller Vogelarten, mit Ausnahme der nichtflüggigen Jungvögel, bei der Baufeldräumung rechtzeitig fliehen, so dass es zu keinen Tötungen bzw. Verletzungen kommt.*

#### **VM 2 - Vermeidung von Lichtemissionen**

*Durch Lichtemissionen können prinzipiell Betroffenheiten, besonders bei Fledermäusen, entstehen. Grundsätzlich müssen bau-, anlagen- und betriebsbedingte Störungen durch Licht beim Durchflug und bei der Nahrungssuche durch geeignete Maßnahmen weitestgehend vermieden werden:*

- Grundsätzlich muss auf eine starke und diffuse Grundstücksbeleuchtung verzichtet werden.
- Lichtquellen dürfen nicht in das umliegende Gelände ausstrahlen, insbesondere nicht in Richtung des Offenlandes, sondern müssen, ohne Streulicht, zielgerichtet sein. Dafür werden die Lichtquellen nach oben abgeschirmt. So wird eine ungewollte Abstrahlung bzw. Streulicht vermieden.

#### **VM 3 - Amphibien**

*Die Bauzeit wird möglicherweise auch während der Fortpflanzungszeit stattfinden. Daher müssen sich nach Regen bildende flache Gewässer umgehend beseitigt werden, damit keine Gelbbauchunken und Kreuzkröten laichen können.*

Die vom Gutachter festgelegten Vermeidungsmaßnahmen wurden in die Schriftlichen Festsetzungen der 6. Änd. des Bebauungsplans "Tieflache - Teil B" unter Ziff. 9 als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufgenommen.

### **8.4 Zusammenfassung**

Da es sich bei der 6. Änderung des Bebauungsplans "Tieflache - Teil B" um einen Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB handelt und

- das Vorhaben nicht UVP-pflichtig ist (auch keine Vorprüfung)
- keine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Belange des Naturschutzes (FFH- und Vogelschutzgebiete und gemeinschaftlicher Schutzgebiete im Sinne des BNatSchG) erfolgt
- offensichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter entstehen

wurde auf die Ausarbeitung eines Umweltberichtes verzichtet.

Es ergibt sich die Einschätzung, dass aufgrund der 6. Änderung des Bebauungsplans "Tieflache - Teil B" mit keinen Auswirkungen auf besonders geschützte Arten nach § 44 BNatSchG zu rechnen ist, wenn die im artenschutzrechtlichen Gutachten genannten Vermeidungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Die von Dr. Boschert erstellte Artenschutzrechtliche Abschätzung wird dem Bebauungsplan beigelegt.

Durch die Überplanung des rechtskräftigen Bebauungsplans ergeben sich keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter.



## 9 Entwässerung

Das bestehende Gewerbegebiet "Tieflache - Teil B" wird im Trennsystem entwässert. Im Zuge der Erschließung des Gewerbegebiets "Tieflache - Teil B" wurde 1992 seitens des LRA Ortenaukreis eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Oberflächenwasser aus dem Gewerbegebiet "Tieflache" über den bestehenden Kanal in den Mühlbach erteilt.

Freiburg, den 14.09.2018 LIF-FEU-ba  
25.09.2018 LIF-ta  
03.12.2018

Meißenheim, den ..... 21. DEZ. 2018

### PLANUNGSBÜRO FISCHER



Günterstalstraße 32 ■ 79100 Freiburg i.Br  
Tel. 0761/70342-0 ■ info@planungsbuerofischer.de  
Fax 0761/70342-24 ■ www.planungsbuerofischer.de

Planer

Schröder, Bürgermeister



113Beg03.doc

